

Jetzt wollen DIE an unser Bargeld

von F. William Engdahl

Quelle: KOPP exklusiv Nr. 35/2017

Seit Anfang 2016 blasen einige der mächtigsten Institutionen der Industrienationen zum Angriff und führen einen ausgewachsenen Propagandafeldzug. Wer ist ihr Gegner? Das Bargeld.

Wie beim Krieg gegen den Terror, dem Krieg gegen Krebs und dem Krieg gegen Drogen stecken auch hier in Wirklichkeit düstere und halbseidene Gründe dahinter. Sollten wir närrisch genug sein und zulassen, dass Bargeld vollständig zugunsten von digitalem Bankgeld abgeschafft wird, können wir uns endgültig von unserer Autonomie und unserer Privatsphäre verabschieden. Dann gibt es allerorten *George Orwells 1984* zum Quadrat. Eines will ich klarstellen:

→ Wir reden hier nicht über unterschiedliche *Blockchain-Technologien*, also Kryptowährungen, die nicht der staatlichen Kontrolle unterliegen. Es geht auch nicht um private Bezahlssysteme wie *WeChat* aus China. Auch geht es nicht um *Online-Banking* und die Verwendung von Kreditkarten eines Unternehmens wie *VISA*. Das sind allesamt Anbieter aus der Privatwirtschaft, dahinter steckt nicht der Staat.

- ❖ Worum es hier geht ist ein hässlicher Plan, für den sich **große Zentralbanken, ausgewählte Regierungen, der Internationale Währungsfond (IWF) und internationale Großbanken** zusammengeschlossen haben.
 - Ihr Ziel ist es, die Bürger - *also uns!* - dazu zu zwingen, kein Bargeld mehr zu bunkern oder für Einkäufe zu nutzen.
 - Wir sollen stattdessen digitale Bankkredite verwenden.

»Na und, das macht doch keinen großen Unterschied, oder?«, mögen Sie denken, aber das ist falsch - es macht sogar einen gewaltigen Unterschied!

- ❖ **Die Menschen würden die persönliche Freiheit einbüßen, entscheiden zu können, wie sie etwas bezahlen, und sie würden ihre Privatsphäre in Geldangelegenheiten verlieren.** Und das ist erst der Anfang.

► Schritt für Schritt die Schlinge zuziehen

Im März veröffentlichte der Internationale Währungsfonds ein Arbeitspapier zum sogenannten »*De-Cashing*«, der Abschaffung des Bargelds. Darin heißt es:

- ❖ **»Eine vollständige Abschaffung des Bargelds sollte in mehreren Schritten erfolgen.«**

Es gebe bereits **»erste und unumstrittene Schritte, etwa die Abschaffung von Geldscheinen sehr großer Denomination, die Deckelung der Höhe von Bargeldtransaktionen und die Meldepflicht für grenzüberschreitende Bargeldbewegungen«.**
- ❖ Darüber hinaus sei es denkbar, wirtschaftliche Anreize zu schaffen, die die Verwendung von Bargeld bei Transaktionen reduzieren, das Eröffnen und Nutzen von übertragbaren Einlagen zu erleichtern und die Computerisierung des Finanzsystems voranzutreiben.

❖ »De-Cashing sollte die Steuereintreibung verbessern, weil es Steuerhinterziehung reduziert«, heißt es in dem *IWF-Papier* weiter.

Oder anders formuliert:

- Wenn Sie gezwungen sind, ausschließlich mit digitalen Geldtransfers einer Bank zu arbeiten, **hat der Staat legal vollständigen Zugriff auf Ihre Bankdaten.**

? Was ist dann mit Privatsphäre? Bankgeheimnis? Datenschutz?

Im April schrieb die Europäische Kommission:

❖ »Barzahlungen sind bei der Finanzierung von Terroraktivitäten weitverbreitet. Vor diesem Hintergrund sollte man über die Bedeutung von möglichen Obergrenzen für Bargeldzahlungen nachdenken. In mehreren Mitgliedsstaaten sind Barzahlungen oberhalb einer bestimmten Grenze verboten.«

Das ist keine Zukunftsmusik.

- In Frankreich darf eine Person seit 2015 Bargeldgeschäfte für gerade einmal 1000 Euro tätigen. Das dient dazu, »Geldwäsche und Steuerhinterziehung« zu unterbinden, heißt es von offizieller Seite. Und sobald von einem Bankkonto innerhalb eines Monats mehr als 10.000 Euro abgehoben oder auf das Konto eingezahlt werden, geht automatisch eine Meldung an *Tracfin*, die französische Behörde, die Geldwäsche bekämpft.
- Selbst das legendäre Schweizer Bankgeheimnis ist auf gnadenlosen Druck aus Washington hin deutlich aufgeweicht worden mit dem Argument, auf diese Weise werde die Finanzierung von Terrororganisationen erschwert.
- Ebenfalls auf Druck aus Washington hin sind EU-Banken, bei denen US-Bürger Konten haben, mittlerweile gezwungen, einen jährlichen Bericht zu diesen Konten an das zum US-Finanzministerium gehörende *Financial Crimes Enforcement Network* zu senden. So schreibt es das *amerikanische Gesetz Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA)* vor.

Seit 2016 gibt die *Europäische Zentralbank* keine 500-Euro-Scheine mehr aus. Begründung:

- Das würde dem organisierten Verbrechen und dem Terrorismus die Arbeit erschweren ...
Als ob ein so ausgeklügeltes Netzwerk wie das des organisierten Verbrechens vom Papiergeld abhängig wäre! Dennoch macht sich in den USA der ehemalige Finanzminister *Larry Summers* mit derselben Begründung für die Abschaffung des 100-Dollar-Scheins stark.

► Zehn-Dollar-Obergrenze?

Das wahre Ziel des Krieges gegen Bargeld findet sich jedoch in einem Gastkommentar, den der ehemalige *IWF-Chefökonom Kenneth Rogoff* für das *Wall Street Journal* geschrieben hat.

→ Rogoff plädiert dafür, dass die US-Notenbank die Geldausgabe drastisch reduziert und alle Scheine, die größer als zehn Dollar sind, aus dem Verkehr

zieht. Das werde dazu führen, dass die Menschen Geldgeschäfte nahezu ausschließlich auf elektronischem Wege abwickeln würden. Er wiederholt das falsche Mantra, dass man auf diesem Weg Geldwäsche und Verbrechensraten reduzieren und Steuerbetrügereien auf die Spur kommen würde.

Bei diesem Krieg gegen Bargeld geht es in Wirklichkeit doch gar nicht darum, hart gegen das Verbrechen durchzugreifen. Es geht darum, in der nächsten Bankenkrise unser Geld zu konfiszieren. Den Auftakt dürften wahrscheinlich die Banken der EU machen. Schon jetzt arbeiten mehrere Zentralbanken mit negativen Zinssätzen und der Lüge, dass dies notwendig sei, um nach der Finanzkrise von 2008 das Wirtschaftswachstum zu stimulieren. Die Europäische Zentralbank, die Bank of Japan und die dänische Nationalbank haben sich zu diesem bizarren Schritt verstiegen. Aber solange wir noch Barmittel in der Hand haben, sind ihre Möglichkeiten, mit den Negativzinsen sehr tief ins Minus abzutauchen, stark eingeschränkt.

Im *IWF-Dokument* wird die Katze aus Sack gelassen:

❖ »... die Negativzinspolitik wird zu einer finanzpolitisch möglichen Variante, wenn die Rücklagen in physischer Währung [...] beträchtlich reduziert werden. Beim *De-Cashing* würde der Großteil des Geldes im Bankensystem gespeichert und wäre leicht durch negative Zinssätze zu beeinflussen, was wiederum das Verbraucherverhalten ermutigen würde ...«



Der Grund:

- *Ihre Bank würde Ihnen einen Geldbetrag dafür in Rechnung stellen, dass Sie Ihr Geld bei der Bank parken »dürfen« und es der Bank erlauben, es für eigene Geldgeschäfte zu nutzen. Um das zu vermeiden, würden wir das Geld raushauen, als gebe es kein Morgen. Sagt man uns.*

Natürlich ist das Quatsch. Der deutsche Ökonom *Richard Werner* sagt, Negativzinsen erhöhen für Banken die operativen Kosten:

→ *»Die Banken reagieren, indem sie diese Kosten an ihre Kunden weiterreichen. Weil der Einlagensatz ohnehin bereits null beträgt, bedeutet das, dass die Banken ihre Kreditraten erhöhen.«*

Laut Werner zielt die Negativzinspolitik der EZB darauf ab, die funktionierenden und traditionell eher konservativ agierenden Sparkassen der EU-Länder zu vernichten, in Deutschland also die Sparkassen und Volksbanken.

❖ Stattdessen sollen lieber heimlich *korrupte Megabanken* wie die *Deutsche Bank*, *HSBC*, die *französische Société Générale*, die *griechische Alpha Bank* oder die *italienische Banca Monte dei Paschi di Siena* gerettet werden.

Die Liste geht noch viel weiter.

- **EZB-Präsident *Mario Draghi* war früher Partner bei der *Megabank Goldman Sachs*.**

► Weshalb jetzt?

Weshalb die Dringlichkeit? Warum drängen Zentralbanken und Institutionen wie der IWF so verstärkt auf die Abschaffung des Bargelds?

Fahrt aufgenommen hat das Ganze nach dem Weltwirtschaftsgipfel vom Januar 2016 in Davos. Dort, in der Schweiz, kamen die wichtigsten Politiker, Zentralbanker und Konzernchefs der westlichen Welt zusammen.

❖ Im November 2016 folgte Indiens Ministerpräsident *Narendra Modi* auf Anraten der US-Regierung der Empfehlung der indischen Notenbank und setzte durch, dass alle 500- und 1000-Rupien-Scheine abgeschafft werden (1000 Rupien sind aktuell etwas über 13 Euro). Der Schritt untergrabe die Schattenwirtschaft und schiebe der Verwendung von Bargeld zur Finanzierung von Verbrechen und terroristischen Handlungen einen Riegel vor, so *Modi*.

Das indische Parlament hat untersucht, wie sich *Modis* Kampf gegen das Bargeld auswirkt. Im Bericht des zuständigen Ausschusses heißt es, dass

- nicht ein einziges der geplanten Ziele tatsächlich erreicht worden sei.
- Es wurden keine großen Schwarzgeldvorräte aufgedeckt, und auf die Finanzierung von Terroristen habe die Bargeldreduzierung keine Auswirkungen gehabt.
- Immense illegale Gelder, die in Steueroasen geparkt worden waren, würden als ausländische Direktinvestitionen »*gewaschen*« ins Land zurückkehren.
- Kriminelle Banden oder Konzerne würden diesen als »*Round-Tripping*« (»*Rundreise*«) bezeichneten Weg ganz legal beschreiten.

Wer dagegen in Mitleidenschaft gezogen wurde, war die echte indische Wirtschaft.

- Die Industrieproduktion lag im April 10,3 Prozent unter dem Ergebnis vom März, da Tausende Kleinbetriebe, deren Überleben von ausreichendem Bargeldfluss abhing, die Segel streichen mussten.

► Verrücktheiten in der EU

Im Juli stellte Estland, das derzeit gerade die Präsidentschaft in der EU innehat, einen Vorschlag vor, der die Rückendeckung Deutschlands fand. Darin geht es darum, dass die nationalen Regulierer Menschen »vorübergehend« daran hindern können sollen, ihre Mittel von einer angeschlagenen Bank abzuziehen. So soll ein Banken-Run verhindert werden.

Entsprechende Präzedenzfälle gab es bereits in Zypern und Griechenland, wo die Regierungen nur das Abheben kleinerer Beträge für den täglichen Gebrauch zuließen.

Der amerikanische Bankenanalyst *Christopher Whelan* verweist darauf, dass es den EU-Behörden nach der Krise von 2008 nicht gelungen ist, das Bankenchaos in den Griff zu bekommen:

→ »*Der Gedanke, der Banken nutzenden Öffent-*



lichkeit könnte jemals der Zugang zu Bargeld verwehrt werden, macht es praktisch unumgänglich, dass es in Europa zu Runs und zu einer um sich greifenden Ansteckung kommt, sobald das nächste Mal ein Institut mit Spareinlagen in Not gerät.«

Die großen EU-Banken stehen aktuell miserabel da:

❖ *»Das europäische Bankensystem weist nahezu 1000 Milliarden Euro an faulen Krediten auf. Das entspricht 6,7 Prozent der EU-Wirtschaft.«* Ein unfassbarer Betrag.

Im Januar 2016 trat ein *»Bail-in«*-Gesetz in Kraft. Es gilt nun, was schon unlängst bei der Zypern-Krise galt: *Bei künftigen Bankenpleiten könnte man die Gläubiger — und das sind auch Menschen mit Spareinlagen — zur Kasse bitten.*

Funktionieren wird das nur, wenn wir gezwungen sind, all unser Geld auf der Bank zu haben. Es wird konfisziert, ganz so, wie es der US-amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt im April 1933 mit dem Gold machte.

Der Krieg gegen Bargeld ist ein Krieg gegen unsere Freiheiten als Individuum. Die erzwungene Digitalisierung des Bargelds ist der nächste Schritt hin zu einer Konfiszierung durch den Staat. Es wird so weit kommen, sobald die nächste schwere Bankenkrise ausbricht.